Im Gespräch

„Wir haben unsere Seismografen in aller Welt.“

Ein Interview mit Caroline Kanter

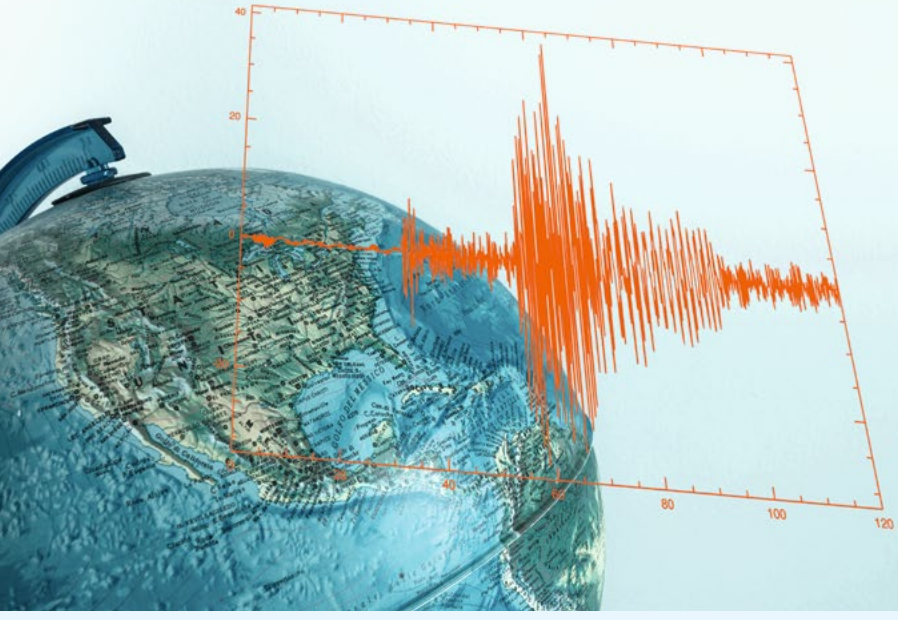


Foto: © Depositphotos, Imago.

Für diese Ausgabe der Auslandsinformationen haben wir mit Caroline Kanter über transatlantische Herausforderungen, europäische Hausaufgaben und die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung gesprochen. Wir erfahren, warum wir den Gesprächsfaden mit den USA nicht abreißen lassen sollten, welche Bedeutung die Frage der EU-Erweiterung hat und warum die Konrad-Adenauer-Stiftung helfen kann, weltweit Entwicklungen, die am Ende auch uns in Deutschland betreffen werden, früh zu erkennen.

Caroline Kanter ist seit Februar 2026 Leiterin der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit 2023 war sie bereits deren stellvertretende Leiterin. Zuvor leitete sie unter anderem die Stiftungsbüros in Rom und Paris.

Auslandsinformationen (Ai): *Frau Kanter, Sie sind seit Februar Leiterin der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und damit auch neue Herausgeberin der Auslandsinformationen. Was macht für Sie unser Magazin aus und was ist Ihnen in Ihrer neuen Rolle besonders wichtig?*

Caroline Kanter: Die Auslandsinformationen sind eine echte Marke. Wenn ein solches Produkt sich über nunmehr 42 Jahre hält, ist das kein Zufall. Ein wesentlicher Grund ist für mich der hohe fachliche und qualitative Anspruch, den die Auslandsinformationen erheben und auch einlösen. Sie haben es zudem verstanden, sich mit Blick auf die Formate immer wieder weiterzuentwickeln, um neue Zielgruppen zu erschließen. Ich denke da an die englischsprachige Version des Heftes, an den deutsch- und englischsprachigen Podcast und auch an die Präsenz in den Sozialen Medien. Das ist sicher ein Punkt, wo wir auch in Zukunft immer neu fragen müssen, wie wir die guten Inhalte, die wir ja haben, zeitgemäß unter die Leute bringen können. Wichtig scheint mir zudem, dass wir auch künftig genau überlegen, wo im außenpolitischen Diskurs die Nische ist, die wir mit den Auslandsinformationen besetzen wollen. Was unterscheidet uns von anderen Akteuren und Produkten, die ebenfalls an diesem Diskurs teilnehmen?

Ai: *Woran denken Sie da?*

Kanter: An mehrere Punkte. Zunächst unterscheidet uns von anderen Institutionen, dass wir die Welt nicht neutral betrachten. Wir haben einen Standpunkt: einen europäischen, deutschen und christdemokratisch geprägten. Wir sammeln nicht einfach nur Fakten, denn das kann Künstliche Intelligenz heute ohnehin schneller. Wir hingegen analysieren und ordnen ein.

Natürlich nimmt niemand die Auslandsinformationen in die Hand, um zu erfahren, wie die Präsidentschaftswahl in Argentinien ausgegangen ist. Wenn es aber darum geht, zu beurteilen, was ein Präsident Javier Milei für das Land bedeutet und welche Schlüsse wir in Europa daraus ziehen sollten, dann kommen die Einordnungen unserer Mitarbeiterin vor Ort ins Spiel.

Und so wie in Buenos Aires sind wir an circa 100 Orten rund um den Globus präsent. Das ist eine unschätzbare Ressource – auch für die Auslandsinformationen. Aus so vielen Ländern berichten zu können, wie sich die Situation vor Ort tatsächlich gestaltet, kann gerade für den deutschen außenpolitischen Diskurs, dem nicht ganz zu Unrecht ein gewisser Hang zum Wunschdenken nachgesagt wird, einen Mehrwert darstellen. Diese geografische Breite ermöglicht es uns auch, nicht nur Themen zu begleiten, die ohnehin bereits weit oben auf der aktuellen politischen Agenda stehen, sondern bewusst den Blick auf Länder und Themen zu richten, die – noch – unter dem Radar fliegen. Ich denke da etwa an unsere Ausgabe zur Arktis, die vor ziemlich genau drei Jahren erschienen ist.

Ai: *Vor gut drei Monaten ist unsere Ausgabe zur derzeitigen US-Außenpolitik erschienen. Seither ist schon wieder viel passiert, nicht zuletzt die Diskussionen um Grönland und der amerikanisch-israelische Angriff auf den Iran haben Beobachter in Europa dazu*

veranlasst, die transatlantische Partnerschaft deutlich infrage zu stellen. Was bedeuten diese Entwicklungen für uns in Europa und für die Auslandsarbeit der Stiftung?

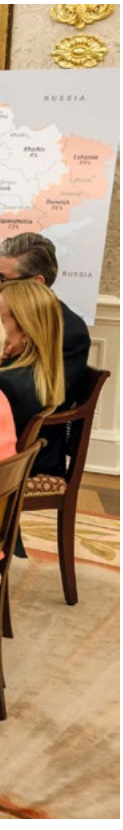
Kanter: Also wenn uns die Ausgabe, die Sie angesprochen haben, eines zeigt, dann ist das ja, dass die aktuelle Außenpolitik der USA und ihres Präsidenten in anderen Teilen der Welt durchaus anders gesehen und bewertet wird als bei uns. So gibt es Staaten, die in der Politik Donald Trumps eher Chancen für sich sehen: beispielsweise Israel oder die Golfstaaten. Was aber andererseits ein gemeinsamer Nenner ist, unter dem fast alle Staaten ihre Erfahrungen mit Trump subsummieren können, ist die Unberechenbarkeit und das Tempo – sprich: die Schnelligkeit – mit denen die Trump-Administration andere Staaten konfrontiert. Und speziell für uns in Europa muss man konstatieren, dass die transatlantischen Beziehungen eine Zäsur erleben. Die US-Regierung – aber natürlich nicht nur sie – stellt in weiten Teilen die regelbasierte Ordnung, die die Vereinigten Staaten nach 1945 wesentlich mitgeprägt haben, infrage. Das widerspricht nicht nur unseren Interessen, sondern auch unseren Prinzipien.

Zur Lage im Nahen Osten und dem israelisch-amerikanischen Angriff auf den Iran gilt es aus meiner Sicht zwei Punkte in den Blick zu nehmen. Zunächst ist zu

Im Gespräch bleiben: Auch wenn die Zahl der Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Europa zuletzt deutlich gestiegen ist, bleiben die Vereinigten Staaten kurz- und mittelfristig ein unverzichtbarer Partner, nicht zuletzt im Bereich der Sicherheitspolitik. Foto: © Zuma Press Wire, Imago.

konstatieren, dass eine Einhegung beziehungsweise Auflösung der über Jahrzehnte aufgebauten iranischen Drohkulisse gegen Israel mit politischen und diplomatischen Mitteln wünschenswert gewesen wäre, sich aber nicht hat realisieren lassen. Israels Bedrohungswahrnehmung wiederum erscheint, gerade auch vor dem Hintergrund des verheerenden Angriffs der Hamas am 7. Oktober 2023, nachvollziehbarer denn je. Diese Zusammenhänge und Entwicklungen verdeutlichen den hohen Stellenwert des Nahen und Mittleren Ostens für deutsche und europäische Politik, aber auch für die Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Region. Unser Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und unsere Unterstützung für das israelische Volk gerade in Kriegszeiten sind hierbei handlungsleitend, unsere engen Partnerschaften zu zahlreichen nah- und mittelöstlichen Akteuren wichtiger denn je. Die geostrategischen Auswirkungen des weitgehenden Wegfalls des iranischen Militärpotenzials und die daraus resultierende Schwächung der autokratischen Allianz China-Russland-Iran-Nordkorea beobachten wir in diesem Zusammenhang genau.

***Ai:** Was sollten Deutschland und Europa angesichts dieses Panoramas tun?*



Kanter: Zunächst müssen wir von europäischer Seite unserem Anspruch als globaler Akteur gerecht werden und die Veränderungen der internationalen Ordnung, deren Institutionen und Regelwerk, aktiv gestalten. Dass man sich dieser Aufgabe bewusst annehmen wird, unterstrich Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Rahmen der EU-Botschafterkonferenz mit ihrer Forderung, dass Europa unabhängiger, resilienter und stärker werden muss.

Mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen kann man auf zwei verschiedene Arten antworten. Es gibt diejenigen, die sagen: Weil mein Gegenüber in Washington unbequem, unberechenbar und kompliziert ist, sollten wir uns jetzt abschotten und uns dem Austausch entziehen. Aber dieser Ansatz verkennt eine grundlegende Realität: Wir als Europäer sind nach wie vor von den Vereinigten Staaten abhängig. Insbesondere, wenn es um unsere Sicherheit geht. Nun versuchen wir konsequenterweise, uns in Verteidigungsfragen deutlich zu stärken und investieren massiv in den Wiederauf- und Ausbau unserer Streitkräfte und Kapazitäten. Aber kurz- und mittelfristig wird der Befund dennoch bleiben. Wir haben daher bis auf Weiteres keine bessere Option als die Partnerschaft, die uns die USA aktuell anbieten. Und das bedeutet neben Kritik in den Fällen, wo sie angebracht ist, eben auch, dass wir nach wie vor konstruktive – idealerweise europäisch abgestimmte und mit mehr eigenen Fähigkeiten unterlegte – Angebote für eine erneuerte Zusammenarbeit in der NATO und auf anderen Gebieten machen, wo wir gemeinsame Interessen haben.

Wir sollten dabei auch nicht aus den Augen verlieren, dass die USA weiterhin ein demokratisches Gemeinwesen sind, in dem durchaus differenzierte Ansichten auch zu den außenpolitischen Fragen existieren, die die transatlantische Debatte prägen. Das ist mindestens im Ton, teils aber auch in der Substanz, im Februar bei der Münchner Sicherheitskonferenz wieder deutlich geworden. Zu dieser Bandbreite von Akteuren – in Regierung, Opposition, Kongress und auf der Ebene der Bundesstaaten – unterhalten wir als Stiftung Gesprächskanäle. Das ist übrigens

auch keine neue Entwicklung oder lediglich eine Reaktion auf Trump. Das handhaben wir seit Jahrzehnten so.

Und noch ein letzter Punkt dazu: Wir sollten nicht zulassen, dass aktuelle politische Spannungen die menschlichen und gesellschaftlichen Brücken über den Atlantik, die über mehr als ein halbes Jahrhundert gewachsen sind, zum Einsturz bringen. Der zunehmend zu beobachtende Antiamerikanismus im deutschen Diskurs ist aus meiner Sicht bedenklich.

Ai: *Wenn unser Verhältnis zu den USA jedenfalls nicht mehr so verlässlich wie früher ist, brauchen wir neben einer erneuerten transatlantischen Allianz neue Partnerschaften. Wohin sollten wir als Deutsche und Europäer schauen?*

Kanter: Ganz grob würde ich von zwei Kategorien sprechen: Wertepartner und Interessenpartner. Das ist natürlich keine Frage von schwarz und weiß, in der Praxis ist der Übergang fließend. Wertepartner sind für mich Staaten, mit denen wir – bei möglichen Unterschieden im Detail – ein grundsätzliches liberaldemokratisches Verständnis und Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten teilen. Da denke ich außerhalb der EU an Staaten wie das Vereinigte Königreich und Norwegen, außerhalb Europas an Kanada, Australien und Japan. Auch in Lateinamerika gibt es viele Staaten, die in diese Kategorie der Wertepartner fallen.

Ai: *Dennoch bleibt das global betrachtet doch ein recht kleiner Club, oder?*

Kanter: In der Tat: Wenn wir uns in unseren Partnerschaften auf die Länder beschränken würden, die in einem engeren Sinne als *like-minded* gelten können, dann würde es schnell einsam um uns. Und deshalb brauchen wir auch Partner, mit denen wir zwar nicht liberaldemokratische Werte, aber bestimmte Interessen teilen. Da kann es dann um wirtschaftliche Diversifizierung und unsere Rohstoffversorgung gehen. Aber auch um die Frage der regelbasierten internationalen Ordnung. Es gibt eine Reihe kleiner und mittelgroßer Staaten – auch Nicht-Demokratien – die genau wie wir ein fundamentales Interesse daran haben, dass in der Welt nicht einfach das Recht des Stärkeren gilt. Wenn wir solche Interessenüberschneidungen nutzen wollen, müssen wir auch den Dialog mit Ländern pflegen, deren innerstaatliche Ordnung nicht unseren Prinzipien entspricht. In diese Kategorie fällt ein Land wie Ägypten, aber auch zentralasiatische Staaten wie Kasachstan und eine Reihe südostasiatischer Staaten wie Vietnam.

Ai: *Das klingt alles sehr schlüssig. Und dann brauchen wir mehr als ein Vierteljahrhundert, um als EU ein Abkommen mit dem Mercosur hinzubekommen.*

Kanter: Dass die EU-Kommission das Abkommen vorläufig anwenden möchte, ist richtig. Die Entscheidung des EU-Parlaments aus dem Januar, das Abkommen an den EuGH zu überweisen, war dennoch ein großer Fehler, wenn auch nur der auffälligste Ausdruck eines allgemeinen Befunds: Wir haben über lange Zeit zu wenig

in unsere Partner investiert. Nicht nur finanziell, sondern allgemein mit Blick auf diplomatische Wertschätzung. Und dann fangen diese Partner – auch Wertepartner – natürlich an, sich anderweitig umzusehen, denn sie haben heute Alternativen. Wenn wir nicht bereitstehen, tun es andere. Ich denke da nicht zuletzt an die Pandemie, als nicht zuerst wir Europäer Impfstoffe nach Lateinamerika geliefert haben, sondern eben die Russen und die Chinesen. Da ist zum Teil wirklich Vertrauen verloren gegangen. Ich denke nicht, dass es zu spät ist, das wieder zu reparieren, aber dazu müssen wir den Schalter jetzt umlegen.

Ai: *Zumal ja Vertrauen und Berechenbarkeit in einer Zeit, in der jedenfalls die Vereinigten Staaten weniger berechenbar geworden sind, gefragte Eigenschaften sein sollten.*

Kanter: Das sind sie, ohne Frage. Und ich denke, dass wir als Europäer in diesem Punkt trotz der Einschränkungen, die ich eben gemacht habe, durchaus verhältnismäßig gut dastehen. Wir mögen nicht immer die schnellsten sein, aber in der Regel wissen unsere Partner bei uns, woran sie sind und dass das, was wir heute sagen, auch morgen noch gilt. Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sind Eigenschaften, die man an uns Europäern schätzt.

Ai: *Die EU braucht also in einem rauen internationalen Umfeld Partner. Sie muss aber auch selbst an geopolitischem Gewicht zulegen. Sollten wir die Frage der EU-Erweiterung als ein Instrument betrachten, das auch diesem Zweck dient?*

Kanter: Das geopolitische Umfeld war es ja, das für die EU-Erweiterung wieder ein Fenster geöffnet hat. Russlands Angriff auf die Gesamtukraine hat nicht nur die Beitrittsverfahren der Westbalkanstaaten wieder auf der Agenda nach oben gespült, sondern die Anträge der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens überhaupt erst hervorgebracht, wobei man natürlich bei Georgien mittlerweile ein großes Fragezeichen setzen muss.

Mein Eindruck ist, dass in unseren Debatten die Herausforderungen, die mit diesem Prozess verbunden sind, im Vordergrund stehen. Und dass es diese Herausforderungen gibt und dass wir offen über sie diskutieren müssen, ist auch unbestritten.

Ai: *Aber …*

Kanter: Aber genauso diskutieren müssen wir die Opportunitätskosten eines Nicht-Handelns. Also: Was passiert, wenn wir diesen Staaten dauerhaft die Tür zur Europäischen Union verschließen? Denn auch hier gilt wieder, was ich vorhin schon einmal gesagt habe: Diese Staaten haben Alternativen und nutzen diese teils auch schon. Akteure wie die Türkei, Russland und China haben insbesondere mit Blick auf Rohstoffabbau bereits Fakten auf dem Westbalkan geschaffen. Wir können kein Interesse daran haben, am Ende mitten in Europa eine Gruppe von Drittstaaten zu haben, die sich frustriert von der EU ab- und anderen Mächten zuwenden.

Ai: *Gerade wenn wir von Erweiterung sprechen, stellt sich aber auch die Frage nach dem inneren Zustand einer EU, die – ohnehin bereits von internen Konflikten geplagt – nun möglicherweise noch neue Mitglieder aufnehmen soll.*

Kanter: Eine Erweiterung muss mit inneren Reformen verbunden sein. Wir sollten uns aber mit dem Gedanken anfreunden, dass das nicht der große Wurf, nicht die große Änderung der Verträge sein wird. Wir müssen daran arbeiten, unterhalb dieser Schwelle diese Europäische Union weiterzuentwickeln, die uns über Jahrzehnte wirtschaftlichen Wohlstand gebracht und den Frieden mit gesichert hat. Gerade als Christdemokraten sollten wir auch auf das Prinzip der Subsidiarität bestehen. Und auch an dieser Stelle möchte ich auf den Faktor Zeit und auf die Geschwindigkeit der sich verändernden Rahmenbedingungen und Realitäten hinweisen. Abwarten ist ein Luxus, den wir uns schlicht nicht leisten können. Wir müssen von der Problembeschreibung schneller ins Handeln kommen. Darüber hinaus bereitet auch der innere Zustand vieler Mitgliedstaaten, der Europa auf globaler Ebene schwächt, Sorge.

Ai: *Und wäre neben prozeduralen Reformen nicht die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ein weiterer Ansatzpunkt?*

Kanter: Ja, und zwar ein wichtiger. Ohne wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit fehlt uns Gewicht auf der internationalen Bühne. Wir werden ja trotz aller Rüstungsanstrengungen absehbar kein Player sein, der allein wegen seiner großen militärischen Macht bei wichtigen Entscheidungen mit am Tisch sitzen wird. Deutschland und die Europäische Union waren und sind weltweit als Partner gefragt, weil wir wirtschaftlich stark und attraktiv sind. Wir verlieren aber an Boden. Es hilft, sich Folgendes vor Augen zu führen: 2007, also bevor die Finanzkrise ausbrach, hatten die USA und die EU jeweils einen Anteil von nominal ungefähr einem Viertel der Weltwirtschaftsleistung. China lag damals gerade bei 6 Prozent. Seither haben die USA ihren Anteil sogar noch minimal ausgebaut, wir aber sind auf 18 Prozent abgesackt, China liegt praktisch gleichauf mit 17 Prozent.

Ai: *Wie lässt sich der Trend stoppen?*

Kanter: Einerseits brauchen wir eine politische Strategie, die Rahmenbedingungen setzt und durchaus auch definiert, in welchen Bereichen Deutschland und Europa wieder Innovationstreiber sein wollen und wie die staatliche Ebene dort auch unterstützen kann. Andererseits sollten wir aber unsere marktwirtschaftliche Orientierung nicht aufgeben und innerhalb des angesprochenen Rahmens dann auf die Innovationskraft der Unternehmen setzen. Denn wahr ist auch: Wir sind in Europa in den vergangenen Jahrzehnten in Sachen Regulierung über das Ziel hinausgeschossen. Das ist als Problem nach meiner Einschätzung in einer Reihe von Regierungen und auch in der Europäischen Kommission mittlerweile erkannt. Der informelle Gipfel zum Thema Wettbewerbsfähigkeit in Belgien im Februar war Ausdruck dieser Erkenntnis. Nun sollten die praktischen Konsequenzen gezogen werden. Auch hier spielt der Faktor Zeit eine wesentliche Rolle.

Ai: *Lassen Sie uns zum Ende des Gesprächs noch einmal auf die Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung zurückkommen. Die Demokratieförderung bleibt ja sicher ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit. Wo sehen Sie da unsere Rolle?*

Kanter: Demokratieförderung ist ein sehr breiter Begriff. Auch hier gilt, dass wir als politische Stiftung genau schauen sollten, wo wir unsere Schwerpunkte setzen. Das sind für mich Parlamente und politische Parteien, ergänzt durch unsere Rechtsstaats- und Medienprogramme. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich ist unser Markenkern und das soll er auch bleiben. Diese Zusammenarbeit ist auch keine Einbahnstraße. Mir ist wichtig, dass wir durch unsere weltweiten Kooperationen am Puls der Zeit bleiben: Wie entwickelt sich beispielsweise die Organisation, die Kommunikation, der Einsatz von KI durch Parteien in anderen Ländern? Das zu uns zurückzuspiegeln, um dann auch in Deutschland davon lernen zu können, das ist ein großer Mehrwert.

Gleichzeitig sehen wir, dass die demokratischen Spielräume in vielen Ländern enger werden. Das erleben wir in unserer eigenen Arbeit, das erleben wir aber auch mit Blick auf unsere lokalen Partner. Wir sind in diesen Ländern teilweise seit sechs Jahrzehnten vertreten und stehen auch in schwierigen Zeiten an der Seite unserer Partner. Wie genau sich diese Unterstützung artikuliert, müssen wir von Fall zu Fall entscheiden. Das kann mal öffentlich geschehen, oft genug ist es aber auch sinnvoller, das im Hintergrund zu tun.

Im Wartesaal der Europäischen Union: Der Beitrittsprozess vieler Westbalkanstaaten zieht sich bereits seit vielen Jahren. Neben der notwendigen Diskussion über die Herausforderungen einer Erweiterung sollten wir uns auch fragen, was passiert, sollten sich diese Länder irgendwann enttäuscht von der EU abwenden, sagt Caroline Kanter. Foto: © dts Nachrichtenagentur, Imago.

Ai: *Und was soll unsere Auslandsarbeit neben der Demokratieförderung leisten?*

Kanter: Ich könnte jetzt vieles aufzählen, will mich aber auf wenige Punkte beschränken. Ich möchte einmal auf das Thema globale Partner zurückkommen, das wir vorhin besprochen haben. Wir können als Konrad-Adenauer-Stiftung in Anspruch nehmen, dass wir in Partnerschaften in aller Welt investieren – auch antizyklisch, wenn ich das mal so ausdrücken darf. Wir haben immer unsere Bindungen in Lateinamerika beibehalten, auch in Phasen, in denen diese Region keine Priorität für die deutsche Politik war. Wir haben zudem seit vielen Jahrzehnten ein großes Augenmerk auf die Entwicklungen in Südostasien und sind aktuell mit unseren Auslandsbüros in acht der elf ASEAN-Staaten präsent. Das betrachten wir auch als Asset für die deutsche Außenpolitik insgesamt.

Und unsere Auslandsbüros ermöglichen es uns auch, Entwicklungen in verschiedenen Regionen frühzeitig zu erkennen, diese Beobachtungen in Berlin zu einem Gesamtbild zusammenzufügen und daraus dann Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen abzuleiten. Das Zusammenbinden verschiedener *theatres* und was wir aus diesen Konflikten in unterschiedlichen Regionen lernen und ableiten können, ist aus meiner Sicht zentral. Wir sollten Krisen, Entwicklungen und Trends nicht voneinander abgekoppelt betrachten, sondern sehen, welche Rückschlüsse wir aus dem einen Szenario für andere ableiten können.

Ai: *Nennen Sie uns ein Beispiel?*

Kanter: Beim Thema Maritime Sicherheit lohnt es sich, die chinesischen Grauzonentaktiken im Südchinesischen Meer, das Agieren der Russen im Schwarzen Meer und in der Ostsee sowie die Angriffe der Huthis im Roten Meer gemeinsam in den Blick zu nehmen.

Beim Thema Entwicklungszusammenarbeit wiederum beobachten wir seit Jahren, dass andere Akteure dieses Mittel einsetzen, um geopolitische Geländegewinne in verschiedenen Weltregionen zu machen. Man denke nur an die Infrastrukturprojekte der Chinesen in Südostasien, Afrika und andernorts. Oder man kann auf die Instrumente der „Soft Power“ verweisen, mit denen die Türkei an Einfluss gewinnt. Deutschland und Europa haben dieses Instrumentarium dagegen bislang nicht ausreichend strategisch eingesetzt. Diese Beobachtungen haben wir im vergangenen Jahr zusammengetragen, daraus Handlungsempfehlungen entwickelt und diese in den politischen Prozess eingespeist.

Kurzum: Wir haben unsere Seismografen in aller Welt. Wenn irgendwo einer ausschlägt, gibt uns das die Chance, uns auf Entwicklungen vorzubereiten. Wenngleich mehrere parallel ausschlagen, sehen wir, dass etwas Größeres auf uns zukommen könnte. Diesen Schatz werden wir weiter nutzen.

Das Gespräch führten Magdalena Falkner und Sören Soika.